

**Tagesordnung I Punkt 24.1 der öffentlichen Sitzung am 16.11.2006**

Vorlage Nr. 06-F-25-0038

***Mit Radio Rheinwelle mehr Meinungsvielfalt in Wiesbaden  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und FDP vom 16.11.2006 -***

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:
- II.
  1. Der nichtkommerzielle Lokalsender „Radio Rheinwelle“ hat sich in Wiesbaden als gute Ergänzung zu den Angeboten des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks etabliert und leistet einen wichtigen Beitrag zu Pluralität und Meinungsvielfalt in der Region.
    2. Radio Rheinwelle finanziert sich als nichtkommerzielles Radio im Wesentlichen aus Fördermitteln. Dabei handelt es sich nicht um Finanzmittel des Landes. Diese stammen vielmehr, entsprechend den Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages und dem Hess. Privatrundfunkgesetz, aus einem festgelegten Anteil der im Land anfallenden Rundfunkgebühren. Der Satz beträgt z.Zt. 1,25 %; eine Verringerung ist nicht abzusehen.
    3. Über die Förderung Offener Kanäle und nicht-kommerzieller Lokalradios wie „Radio Rheinwelle“ aus dem vorgenannten Rundfunkgebührenanteil entscheidet nicht die Landesregierung, sondern gemäß § 51 Abs. 1 Ziff. 6 die Versammlung der Landesanstalt für den privaten Rundfunk. Diese ist eine unabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts und erfüllt ihre Aufgaben eigenständig, ohne Weisungen zu unterliegen. Ihre Versammlung besteht aus 30 Vertretern in Hessen gesellschaftlich relevanter Gruppen.
  - II. Die Stadtverordnetenversammlung spricht die Erwartung aus, dass Landesregierung und Landtag bei der anstehenden Novellierung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes und die Versammlung der für die Mittelvergabe zuständigen Versammlung der Landesrundfunkanstalt der Bedeutung der nicht-kommerziellen Radios, speziell des ‚Radios Rheinwelle‘ in der Region Wiesbaden, gebührend Rechnung tragen.

---

**Beschluss Nr. 0580**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.11.2006 betr.

Mit Radio Rheinwelle mehr Meinungsvielfalt in Wiesbaden

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2006

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-  
management aufgenommen.**

Der Magistrat  
-16-

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2006

Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister